

Frieden durch Krieg

- Vom Scheitern eines Lösungskonzeptes -

von Walter Keller

Frieden in Sri Lanka ist einmal mehr zur Illusion und Krieg zum alltäglichen Geschehen geworden. "Frieden durch Krieg", so lautet die etwas merkwürdig anmutende Formel der Regierung Kumaratunga, soll heißen, militärische Bekämpfung der 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) in den von ihnen kontrollierten Landesteilen, um nach ihrer Niederlage der tamilischen Bevölkerung ein von Colombo vorgeschlagenes politisches Lösungskonzept anzubieten. Aber die Überlegungen der jetzt seit einem Jahr amtierenden neuen Regierung scheinen nicht ganz aufzugehen. Die LTTE, längst nicht mehr nur eine Guerillaorganisation, läßt sich so schnell nicht in die Knie zwingen und nicht alle Tamilen Jaffnas sehen in den srilankischen (sinhalesischen) Truppen, die im Juli zu einer Großoffensive auf das Kernland der 'Tigers' ausgeholt haben, ihre "Befreier, die sie vom Joch der LTTE retten" - wie es im Regierungsjargon heißt. Alte Fehler, die von der Vorgängerregierung und den Militärs gemacht wurden sowie die Annahme, die LTTE könne militärisch besiegt werden, scheinen sich zu wiederholen. Offensichtlich hat man in Colombo während der letzten eineinhalb Jahrzehnte nicht viel dazugelernt. Und so gehen militärische Auseinandersetzungen, Überfälle auf Militärlager durch die LTTE und Gegenoffensiven der Regierungstruppen sowie Terroraktionen durch LTTE-Selbstmordkommandos in einem Ausmaß weiter, das alles bisher an Grausamkeiten Dagewesene noch in den Schatten stellt.

Nachdem die Bemühungen der neuen Regierung gescheitert sind, mit den 'Tamil Tigers' am Verhandlungstisch eine friedliche Lösung herbeizuführen, kommt es seit Juni wieder zu großen militärischen Auseinandersetzungen zwischen den tamilischen Rebellen und den srilankischen Sicherheitskräften im Norden und Osten des Landes. Dabei brachte die LTTE den Regierungstruppen Ende Juni im nördlichen Mandaitivu, einer der Jaffna Halbinsel vorgelagerten kleinen Insel, auf der sich ein Militärstützpunkt der Marine befindet, eine schwere Niederlage bei, als ihre Kämpfer mit etwa 200 Booten angriffen. Bei der Aktion machte die LTTE einmal mehr große Beute: Waffen und Munition wurden erbeutet und tags darauf in der der LTTE typischen propagandistischen und martialischen Art und Weise in Jaffna der Öffentlichkeit vorgeführt.

Bei dem Angriff kamen über einhundert der 350 dort stationierten Soldaten ums Leben. Diese hatten sich erst wenige Wochen zuvor freiwillig für den Kriegsdienst gemeldet. Mit der erneuten schmerzlichen Niederlage dürfte sich die Zahl der Opfer auf Seiten der srilankischen Streitkräfte seit Wiederausbruch der Feindseligkeiten am 19. April diesen Jahres auf eintausend erhöht haben. Aber auch die Verluste der LTTE, oftmals blutjunge Kämpferinnen und Kämpfer, sind hoch. Mindestens 250 von ihnen wurden allein getötet, als ein gleichzeitiger Angriff von schätzungsweise dreitausend schwer bewaffneten Kadern auf vier Militärlager im Grenzgebiet zwischen Nord- und Ostprovinz in der Nähe von Welioya am 28. Juli von den Militärs zurückgeschlagen wurde.

'Operation Leap Forward'

Gedemütigt durch zahlreiche Niederlagen holten die srilankischen Streitkräfte ab dem 9. Juli zu einer großangelegten Militäroperation mit der Bezeichnung 'Operation Leap Forward' aus. Ziel war es, vom Luftwaffenstützpunkt Palali auf der Jaffna Halbinsel ausgehend, die westlich davon liegenden Gebiete zurückzuerobern, die von der LTTE kontrolliert werden. Unterstützt durch neue Antonov Militärtransporter, die kurz zuvor aus der Ukraine für 13,5

Millionen US-Dollar gekauft wurden sowie Kampfhubschrauber und -bomber, begannen fast 10.000 Soldaten mit dem Vormarsch. Am vierten Tag der Militäroperation wurde mitgeteilt, die Streitkräfte hätten ohne große Gegenwehr der LTTE bereits knapp 80 Quadratmeilen Territorium erobern können und damit begonnen, ihre Position dort zu festigen. Nicht nur bei den Truppen brach nach den demütigenden Schläppen, die ihnen in jüngster Zeit von den 'Tamil Tigers' zugefügt worden waren, Euphorie aus. Angeheizt durch die Medien im Süden des Landes, die die Kriegstrommeln schlugen, wurde der sinhalesischen Bevölkerung ein Erfolg nach dem anderen vermeldet. Schon wurden Regierungsbeamte rekrutiert, die in den zurückeroberten Gebieten die von der LTTE geführte Verwaltung übernehmen sollten, und Pläne für die Ausstellung neuer Personalausweise an die "befreiten Tamilen" wurden aus der Schublade gezogen. Auch die Lobby der sinhalesischen Chauvinisten meldete sich nach einjährigem Schweigen wieder zurück. Zufrieden über den bereits im April erfolgten Zusammenbruch der Friedensverhandlungen, versprachen sie der Regierung ihre volle Unterstützung bei der militärischen Bekämpfung der LTTE, wobei diese Gruppe kaum einen Unterschied macht zwischen LTTE und tamilischer Zivilbevölkerung.

Fataler Irrtum?

Was offensichtlich als totaler Rückzug der LTTE gewertet wurde, stellte sich nach knapp einer Woche als fatale Fehleinschätzung heraus. Am sechsten Tag begann die Gegenattacke der LTTE mit Angriffen auf Stellungen in der Sandilippai-Alaveddi Region, auf ein Gebiet, das bereits von der Regierung als "befreit" gemeldet wurde. Schätzungsweise 200.000 Menschen hatten es jedoch hier - wie auch anderswo - vorgezogen, vor ihren vermeintlichen Befreier zu flüchten. Die Gegenoffensive unter der Code-Bezeichnung 'Tiger Leap' fügte den Truppen schwere Niederlagen zu; erneut schoß die LTTE mit einer Boden-Luft-Rakete ein Flugzeug ab, diesmal einen 'Puccara'-Kampfbomber argentinischer Bauart, dessen Pilot ums

Leben kam. Es ist dies bereits das dritte Flugzeug, das während der letzten Wochen von der LTTE über der Halbinsel vermutlich mit SAM-Raketen abgeschossen wurde. Außerdem wurde am 16. Juli erneut ein Kampfboot der Marine durch ein Selbstmordkommando der LTTE in Kankesanthurai in die Luft gesprengt.

Wovor Menschenrechtler gewarnt hatten, war nun eingetreten. Ehe die Regierung ihre lang angekündigten Vorschläge zur politischen Lösung des Konfliktes unterbreitet hatte (siehe dazu

wurden erst am 3. August der Öffentlichkeit vorgestellt. Zu einem Zeitpunkt, als die 'Operation Leap Forward' bereits gescheitert war und massive Kritik am Vorgehen der Truppen geäußert wurde - nicht nur von der LTTE. Die Vorgehensweise des Militärs wird wohl kaum zur Entfremdung der tamilischen Bevölkerung von der LTTE beitragen, sondern möglicherweise eher das Gegenteil bewirken: die weitere Entfremdung vieler Tamilen von der Regierung, die mit so viel Vertrauensvorschuß ihre Ar-

den Kämpfen auf der Jaffna-Halbinsel; "Um das militärische Desaster der sogenannten 'Operation Leap Forward' und um die mit dieser Aktion verbundenen Menschenrechtsverletzungen zu vertuschen, hat die Regierung von Chandrika Kumaratunga jegliche Kommunikation zwischen Norden und Süden blockiert und allen Journalisten sowie Ausländern den Zugang zur Kriegszone in Jaffna untersagt. Auch das Wirtschaftsembargo wurde von der Regierung wieder verschärft, Nahrungsmittel und Medikamente werden zurückgehalten, was eine Million Tamilen in eine extrem schwierige Situation gebracht hat".

Für die LTTE stellt sich die 'Operation Leap Forward' als ein militärisches Desaster von großem Ausmaß dar, weil die groß angelegten Pläne durch die gezielten Gegenschläge der LTTE zunichte gemacht worden seien, und nun die LTTE die Region, die von den srilankischen Truppen vorübergehend erobert wurde, wieder kontrolliere. "Nachdem die Regierung auf eine militärische Lösung gesetzt hatte und lauthals die Eroberung von 78 Quadratmeilen verkündete, ist dieser Rückschlag so erniedrigend, daß der sinhalaischen Bevölkerung die Fakten vorenthalten werden. Die Enthüllung der Wahrheit wird sich auch negativ auf die Kampagne der Regierung auswirken, die die internationale Gemeinschaft überzeugen sollte, daß ein militärischer Erfolg den Frieden näherbringen wird."

Während die militärischen Auseinandersetzungen zwischen LTTE und Regierungstruppen im Juni und Anfang Juli noch vorwiegend Opfer auf Seiten der LTTE Kämpferinnen und Kämpfern sowie auf Seiten der Regierungssoldaten brachten, forderte die 'Operation Leap Forward' einen hohen zivile Blutzoll: Schätzungsweise 300 Zivilisten kamen ums Leben und eintausend wurden verwundet, darunter sehr viele Kinder. Vor allem hat die Bombardierung der St. Peters Kirche in Navaly, in der sich zum Zeitpunkt der Aktion tamilische Flüchtlinge aufhielten, zu



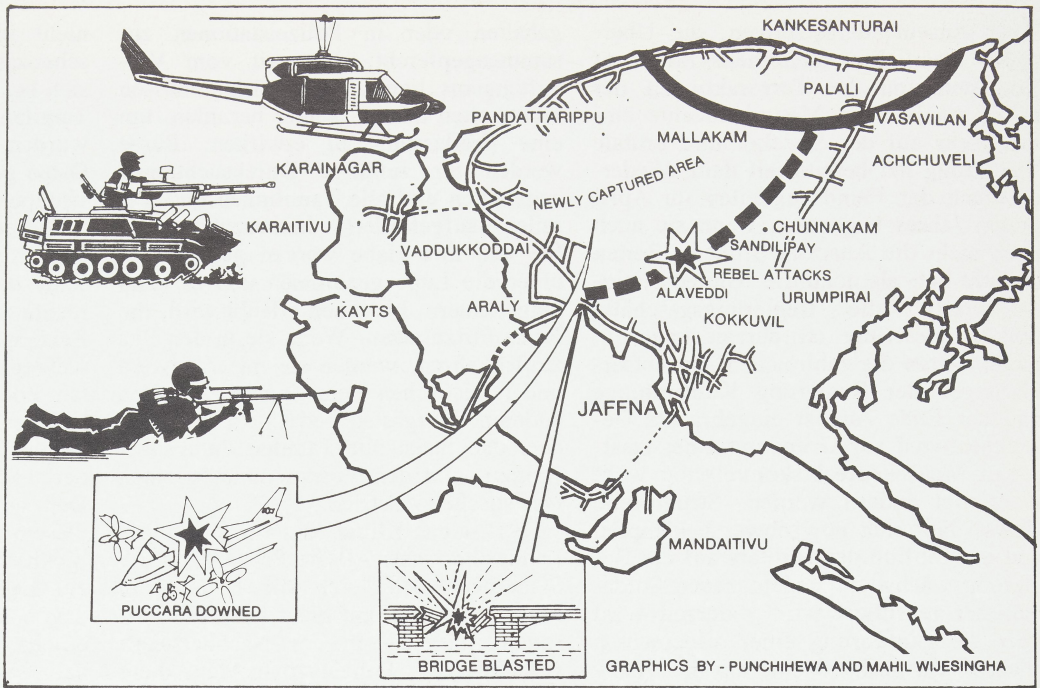
Die Kritik der Medien an Regierung und Streitkräften (aus: 'The Island')

Seite 11), wurde mit dem letztendlich gescheiterten Versuch der Einnahme Jaffnas und den damit verbundenen großen Opfern in der Zivilbevölkerung genau das Gegenteil von dem erreicht, was eigentlich beabsichtigt war: Frieden durch Krieg gegen die LTTE und die parallel dazu geplante Entfremdung der tamilischen Bevölkerung von den tamilischen Rebellen durch die Vorlage eines politischen Lösungskonzeptes mit weitreichenden föderativen Elementen.

Aber die Vorschläge der Regierung

beit vor einem Jahr begonnen hatte und mit ihrem jetzt vorgelegten politischen Lösungskonzept, das - wäre es einige Monate zuvor präsentiert worden - vermutlich auf weitgehende Akzeptanz bei der tamilischen Bevölkerung gestoßen wäre. Nach der militärischen Offensive fragen sich nunmehr erneut viele Tamilen, ob es der Regierung wirklich ernst ist mit einer politischen Lösung.

In dem in Jaffna erscheinenden pro-LTTE Organ 'Inside Report - Tamil Eelam News Review' heißt es Ende Juli zu



Die 'Operation Leap Forward'

heftigen Protesten geführt und einmal mehr auch das Internationale Rote Kreuz (ICRC), der einzigen im Norden noch arbeitenden internationalen Organisation, in den Mittelpunkt der Kritik durch Regierung und sinhalaisch-nationalistische Kräfte gestellt, die die unverzügliche Schließung der Büros des ICRC forderten. Hintergrund war eine nicht mit der Regierung abgestimmte Presseerklärung des ICRC, in der über die Bombardierung der Kirche berichtet wurde, die zu großen Verlusten von Menschenleben geführt habe - eine Vorgehensweise, die sich mit dem Mandat des ICRC nicht vereinbaren läßt. Was genau mit der Kirche passiert ist, ob sie durch die Bombardierung eines Kampfflugzeuges zerstört oder nur beschädigt wurde, wieviele Todesopfer tatsächlich zu beklagen sind und ob überhaupt die srilankische Luftwaffe dafür verantwortlich zeichnet oder möglicherweise die Kirche von einer Granate der LTTE getroffen wurde, steht bisher nicht fest.

Die LTTE spricht in diesem Zusammenhang jedoch von einer bewußten Desinformationskampagne der Regierung: "Da das Bekanntwerden dieser Vorfälle das Image Sri Lankas empfindlich verwunden würde, hat sich die Regierung zu einer bewußten Desinformationskampagne entschlossen. Entscheidend bei dieser Strategie ist die Abschirmung des Nordens vom Rest der Welt. Weder Journalisten noch internationale Beobachter haben Zugang zu dieser Region und können sich somit kein eigenes Bild von den Lebensbedingungen und der allgemeinen Situation machen. Versuche der einzigen, international anerkannten, unabhängigen Organisation, dem Internationalen Roten Kreuz, die Menschenrechtsverletzungen der srilankischen Armee und die menschliche Tragödie ans Licht zu bringen, führten zu einer Verunglimpfungskampagne der Regierung gegen diese Organisation. Die ersten Anzeichen für die Desinformation der Regierung wurden nach den Angriffen auf Zivilisten, die in der St. Peters Kirche Unterschlupf gesucht hatten, deutlich". So hätten Regierung - insbesondere der Außenminister Kadirgamar - all ihre intellektuelle und diplomatische Energie aufgebracht, um die Vorfälle zu vertuschen, Quellen zu diskreditieren und den tragischen Vorfällen herunterzuspielen. Trotz unabhängiger Zeugen, die die Abschlachterei bestätigten, bewiese die Regierung weder Integrität noch habe sie den Mut, die Verantwortung für diese Zerstörung von

Leben zu übernehmen. Die Desinformationskampagne, die Rückweisung von Tod und Zerstörung im Norden durch die Armee und das Versäumnis, der Öffentlichkeit im Süden den Rückzug der Truppen mitzuteilen, lasse die Regierung Kumaratunga schlecht aussehen. "Frau Kumaratunga und ihre Verschworenen sollten jedoch wissen, daß es nicht für ewig ein Weglaufen vor der Realität geben kann, weil die Wahrheit langsam durchsickert. Deshalb wird der Schaden an ihrer persönlichen Integrität und der ihrer Regierung irreparabel sein und zum Katalysator für eine Situation werden, die sie versucht hat zu verhindern: der Fortsetzung des Konfliktes und dem daraus folgenden Desaster für das Land", heißt es.

Wegen der jüngsten militärischen Vorfälle dürfte es der LTTE auch nicht allzu schwer fallen, gegenüber der tamilischen Bevölkerung Jaffnas ihre Ablehnung gegenüber den am 3. August unterbreiteten Lösungsvorschlägen zu rechtfertigen, wie es ihr Sprecher Anton Balasingham auf einer Pressekonferenz in Jaffna bereits getan hat: "Die Regierung von Chandrika Kumaratunga hat ein Paket von politischen Lösungsvorschlägen angeboten, gleichzeitig der LTTE aber den totalen Krieg erklärt und damit alle Möglichkeiten zu einem Neubeginn politischer Verhandlungen zunichte gemacht. Deshalb sind die Vorschläge für uns nicht ein Schritt zum Frieden oder zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes. Ganz im Gegenteil, sie werden den Weg bereiten zu einem lange andauernden bewaffneten Konflikt".

Abgelehnt wurden die Vorschläge erwartungsgemäß auch von den wiederer-

stärkten sinhalaisch-chauvinistischen Organisationen, zahlreichen buddhistischen Mönchen und der sinhalaisch-nationalistischen Presse. So bezweifelt die auflagenstärkste sinhalaische Tageszeitung 'Divaina' in einem 'Editorial' den Sinn der Etablierung sogenannter Regional Councils und die Umwandlung der Staatsform Sri Lankas in eine 'Union of Regions'. Die größte Oppositionspartei, die 'United National Party', zugleich bis vor einem Jahr Regierungspartei, deren Unterstützung die Regierung jetzt sucht, hat sich noch nicht abschließend geäußert.

Andererseits haben in einer Erklärung über einhundert Akademiker, Rechtsanwälte, Wissenschaftler und Journalisten ihre Unterstützung bei der Umsetzung der Vorschläge zugesagt. "Wir begrüßen die weitgefaßten Vorschläge zu einer Verfassungsreform als Grundlage für die Lösung des ethnischen Konflikts in Sri Lanka. Die Regierung hat damit viel Mut und politischen Willen bezeugt. Die Vorschläge erhalten zahlreiche positive Elemente und gehen in ihrem Umfang über alles hinaus, was bisher präsentiert wurde... Sie kommen zu einer Zeit, in der sich der Krieg wieder intensiviert hat. Deshalb appellieren wir an die Konfliktparteien alles zu tun, um die Menschen im Norden und Osten wieder an einem nationalen Dialog und einer Atmosphäre von Ruhe und Frieden teilhaben zu lassen", heißt es in einer Erklärung, die auch von zahlreichen Tamilen, die in Colombo leben, unterstützt wird.

Menschenrechte werden verletzt

Durch das Wiederaufleben militäri-

scher Auseinandersetzungen, die Übergriffe staatlicher Sicherheitskräfte auf Zivilisten und die Terroraktionen der LTTE bleiben die Menschenrechte einmal mehr auf der Strecke. Ihre brutale Verletzung hat bereits mit dem Wiederausbruch der Feindseligkeiten im April diesen Jahres begonnen, wenn sie auch noch nicht die Ausmaße früherer Zeiten erreicht hat, als noch die 'United National Party' die Regierungsgeschäfte führte. Besserung ist derzeit kaum in Sicht, woran die zahlreichen Absichtserklärungen der Regierung Kumaratunga und der Ende August eingebrachte Gesetzesentwurf zur Gründung einer staatlichen Menschenrechtskommission wohl nicht viel ändern werden. Strukturelle Gewalt läßt sich nur schwer bekämpfen und der Einfluß des Militärs auf die Regierung wächst mit jedem neuen Soldaten, der rekrutiert wird - derzeit wird über die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht nachgedacht, um die Streitkräfte weiter massiv zu verstärken.

Seit der Krieg im Norden und Osten durch zahlreiche Terroraktionen, für die die LTTE verantwortlich gemacht wird, auch wieder Colombo erreicht hat, geht es vielen dort lebenden Tamilen erneut an den Kragen - ganz so, wie es nach den Versprechen der neuen Regierung eigentlich nie wieder kommen sollte (am 7. August kam es zu einer Bombenexplosion durch ein Selbstmordkommando auf das Büro des Ministerpräsidenten der Westprovinz in Colombo, das 25 Todesopfer forderte). So geraten viele tamilische Bewohner Colombos und seiner Vororte, besonders Neuankömmlinge aus dem Norden und Osten, unter Pauschalverdacht. Dies kommt in den tausenden von Verhaftungen von Tamilen in und um Colombo während der letzten Wochen zum Ausdruck. Es ist jedem bekannt, daß die Sicherheitskräfte für die Unversehrtheit der Bewohner verantwortlich sind. Dennoch muß die Frage erlaubt sein: sind diese willkürlichen Verhaftungen die beste Art, dies zu gewährleisten? Es handelt sich dabei um willkürliche Verhaftungen, weil 90 Prozent aller Festgenommenen innerhalb von zwei oder drei Tagen - nach flüchtigen Kontrollen - wieder freigelassen werden. Dies deutet an, daß Verhaftungen nicht auf der Grundlage von ernsthaften Verdachtsmomenten erfolgen sondern nur deshalb, weil diese Personen Tamilen und Tamilen sind.

Personen werden - so wie während längst vergangener geblühender Zeiten - nachts wieder aus ihren Häusern geholt oder bei Tag auf der Straße verhaftet, meist werden ihre Angehörigen nicht informiert. Frauen werden von Polizisten durchsucht, Verhaftete in überbelegten Zellen zusammen mit gewöhnlichen Kriminellen oder Drogenhändlern fest-

gehalten oder in Polizeistationen zusammengepfercht, die weit vom Verhaftungsort liegen. Angehörige müssen nicht selten Schmiergelder bezahlen, um eine Freilassung zu erwirken. Busse werden für zufällige Durchsuchungen angehalten und alle Tamilinnen und Tamilen aufgefordert, herauszukommen. Sie und ihre Habe werden genauestens unter die Lupe genommen und es kann lange dauern, bis ihnen erlaubt wird, die Reise fortzusetzen. Wenn sie in den Bus zurückkehren, werden sie mit Argwohn und rassistischen Bemerkungen von den anderen Fahrgästen bedacht. Die Tatsache, daß meist nur Tamilen durchsucht werden, gibt den Vorkommissen einen rassistischen Anstrich.

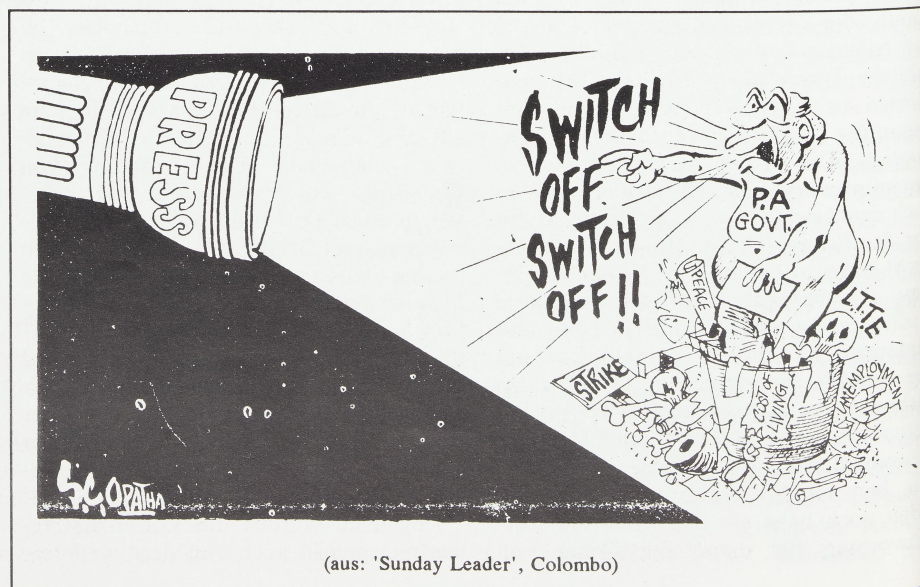
Das ist das Klima, das im Süden des Landes herrscht. All die Propaganda der Sicherheitskräfte, sich vor Bomben in acht zu nehmen und nicht bekannte Personen, die sich in der Nachbarschaft aufhalten, der Polizei zu melden, dient dazu, das Mißtrauen gegenüber Tamilen zu verstärken. Ein extremes Beispiel dieser Situation und der wieder wachsenden Vorurteile läßt die Aussage einer Krankenschwester erkennen, die in der Zeitschrift 'Pravada' zitiert wird. Sie hatte der Geburt des Kindes einer tamilischen Frau beigewohnt und anschließend zu einer Kollegin gesagt: "Schau her, wir haben einen weiteren 'Tiger' in diese Welt gebracht".

Während die Verhaftungen und eine entwürdigende Behandlung klare Verstöße gegen die Menschenrechte sind, werden auch andere Zeichen der Rückkehr zu der Barbarei der Jahre 1988 und 1989 sichtbar. Sechzehn Leichname wurden während der letzten Wochen in den südlichen Landesteilen auf Flüssen und Seen treibend entdeckt. Sie wiesen Schußwunden und Folterspuren auf, bei manchen waren Füße und Hände gefesselt. Bislang konnten die Leichname

nicht identifiziert werden wobei zwischenzeitlich jedoch feststeht, daß es sich bei den aufgefundenen Personen um Tamilen handelt. Mehrere solcher Funde wurden auch in und um Batticaloa im Osten gemacht. Die Präsidentin hat eine Untersuchung angeordnet.

Die neue Regierung - jetzt ein Jahr im Amt - scheint sich darüber bewußt zu sein, daß Verletzungen der Menschenrechte nicht im Zusammenhang mit der Bekämpfung der LTTE gerechtfertigt werden können. Auch kann das momentan noch gute internationale Ansehen, welches sie genießt, nicht konserviert werden, wenn es zur Verschlechterung der Menschenrechtssituation kommt. Den ausländischen Regierungen sei in diesem Zusammenhang etwas mehr Zurückhaltung empfohlen, wenn sie sich zur Lage in Sri Lanka äußern. Vieles davon klingt nicht nur wenig fundiert, etliche Erklärungen sind auch äußerst naiv. Dies betrifft auch die Äußerungen eines gewissen Willi Wimmer, seines Zeichens CDU-MdB, der kürzlich Sri Lanka bereiste und sich in Gesprächen mit Journalisten und auf einer Pressekonferenz nicht gerade als Kenner des Landes und der vertrackten Materie herausstellte. Darüber hinaus ist es wenig hilfreich, wenn alles durch die Brille Colombos gesehen wird; eine Alleinschuld an der erneuten Misere, in der das Land steckt, ist der LTTE nicht zuzuschreiben.

Und noch etwas wäre anzumerken: Es geht um Teile der Presse und die unsensible Rolle, die die Regierung derzeit ihr gegenüber spielt. Unzufrieden damit, wie manche Zeitungen über den Krieg und die Rolle der Regierung berichten, verfällt selbst Präsidentin Kumaratunga in Drohgebärden und äußert die Notwendigkeit, demnächst möglicherweise die Pressefreiheit beschneiden zu müssen.



(aus: 'Sunday Leader', Colombo)